



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau
am 05.10.2012
in Rotenburg (Wümme), Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg.e Renate Bassen
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Lothar Cordts
Abg. Dr. Manfred Damberg
Abg.e Angelika Dorsch
Abg. Henning Fricke
Abg. Wolfgang Harling
Abg.e Dr. Gabriele Hornhardt
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg.e Marianne Knabbe
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Bernd Sievert
Abg. Reinhard Trau
Abg. Heinrich Willenbrock
Abg. Christian Winsemann

Vertretung für Abg. Behrens

Vertretung für Abg. Engelken

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Manfred Dammann

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
BAR Manfred Dasenbrock
Dipl.-Ing. Günter Fresen
KA Friedrich-Wilhelm Lüdemann
VA Christina Bonke

Frau Renate Braune

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Wilfried Behrens

Abg. Hans-Hermann Engelken

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 6 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 7 Gutachten im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zu den Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten
Vorlage: 2011-16/0276
- 8 Antrag des Abg. Dr. Damberg zur Verabschiedung einer Kreistags-Resolution über den weiteren Umgang mit den Fracking-Verfahren im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0277
- 9 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 6 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Öffentlicher Teil ab 14:00 Uhr zusammen mit dem Ausschuss für Umwelt-, Naturschutz- und Planung:

Zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung wurde eine Kopie des Antwortschreibens des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) vom 01.10.2012 und des Antrags der SPD-Grüne-WFB-Gruppe vom 04.10.2012 verteilt.

Erster Kreisrat Dr. Lühring berichtet, dass der Radweg Clüversborstel-Schleeßel fertig gestellt sei.

In Minstedt sei keine Klage gegen die Planfeststellung erhoben worden, weitere Planungen könnten jetzt vorangebracht werden.

Am Augustendorfer Kanal sei die Verfüllung des alten Verlaufs abgeschlossen, derzeit würden noch die letzten Arbeiten an der Straße ausgeführt.

Die wasserwirtschaftlichen Belange seien jetzt nach einem entsprechenden Beschluss des Kreistages im Ausschuss für Hoch- und Tiefbau zu behandeln.

Der NLWKN Stade habe im Laufe dieses Jahres für den Rahlandsbach (Raum Zeven), die Bever (Raum Bremervörde bis Plönjeshausen) und die Obere Oste (Raum Tostedt bis Bremervörde) das Überschwemmungsgebiet ermittelt, in Arbeitskarten dargestellt und durch Bekanntmachung vorläufig gesichert. Ab dieser Bekanntmachung würden die Schutzbestimmungen und Genehmigungsvorbehalte des § 78 WHG bis zum Erlass der Verordnung durch den Landkreis gelten.

Die Verordnungsverfahren für den Rahlandsbach und die Bever würden noch in diesem Jahr mit der Auslegung der Pläne und des Verordnungsentwurfes eingeleitet.

Das Verfahren für die Obere Oste solle im Frühjahr 2013 begonnen werden.

Die Verfahren für weitere Überschwemmungsgebiete seien abhängig von der Fertigstellung der Pläne durch die NLWKN Stade und Verden.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Gutachten im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zu den Umweltauswirkungen von Fra-**

cking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten

Erster Kreisrat Dr. Lühring berichtet, dass aufgrund kurzfristiger Erkrankung kein Vertreter des LBEG anwesend sei. Es sei heute nicht mehr möglich gewesen, eine Vertretung zu entsenden.

Erster Kreisrat Dr. Lühring spricht das der Vorlage beigefügte Gutachten mit Handlungs- und Verfahrensempfehlungen an, insbesondere Seite 14 zur Frage der Umweltverträglichkeitsprüfung. Der Kreistag habe in seiner Sitzung am 20.12.2011 eine Resolution verabschiedet und u. a. gefordert, Fracking-Verfahren bis auf weiteres auszusetzen, die Kommunen, die Wasserversorger und die Bürger zu beteiligen sowie generell eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzusehen. Wenn das Gutachten im Ergebnis bei unkonventionellen Lagerstätten kein Fracking-Verbot empfehle, stelle sich die Frage, wie damit umgegangen werden solle. Er sehe in der Frage des Umgangs keinen Unterschied zwischen den unkonventionellen und den hier vorherrschenden konventionellen Lagerstätten. Die wasserrechtlichen Fragen zum Grundwasser seien neu in dieser Form zu betrachten. Bisher habe man Grundwasser nur oberflächennah unter dem Gesichtspunkt der Nutzbarkeit als Trink- oder Brauchwasser betrachtet. Ob es sich in Tiefen von rund 5000 m um Grundwasser handelt und wie eine mögliche Beeinträchtigung zu bewerten sei, bedarf weiterer Klärung und ggfs. auch neuer Regelungen.

Abg. Ralf Borngräber meint, dass der Landkreis Fracking-Maßnahmen kritisch gegenüberstehen sollte. Nach seiner Kenntnis seien von Bund und Land keine konkreten Entscheidungen zu erwarten.

Abg. Dr. Damberg bedauert, wie auch mehrere andere Abgeordnete, das Fehlen des LBEG. Er kritisiert das Verhalten der Verwaltung, die nach seiner Meinung bisher den Fracking-Maßnahmen und insbesondere solchen Schadensfällen wie in Wittorf oder dem Austritt von Lagerstättenwassers aus den Transportleitungen nicht kritisch genug gegenüberstehe.

Erster Kreisrat Dr. Lühring erwidert hierauf, die Verwaltung sei an Recht und Gesetz gebunden und führe auch entsprechend die Rechtsvorschriften aus. In der Vergangenheit sei der Landkreis bei Fracking-Maßnahmen vom zuständigen LBEG überhaupt nicht beteiligt worden.

Abg. Ralf Borngräber, Abg. Krahn und **Abg. Lauber** sprechen sich dafür aus, gemeinsame Lösungen und Inhalte im Interesse der Bevölkerung zu finden, die zu dem gesamten Themenkomplex inzwischen eine wesentlich kritischere Haltung einnehme. Es sei notwendig, mehr als bisher zu untersuchen, zu kontrollieren und Einfluss auf die bergrechtlichen Verfahren zu nehmen.

Erster Kreisrat Dr. Lühring erklärt, dass verschiedene Fragen von Bürgerinitiativen an das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) weitergeleitet und zusätzliche Angaben zu den Standorten und Mengen der Verpressungen im Landkreis Rotenburg (Wümme) erbeten worden seien.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Antrag des Abg. Dr. Damberg zur Verabschiedung einer
Kreistags-Resolution über den weiteren Umgang mit den
Fracking-Verfahren im Landkreis Rotenburg (Wümme)**

Abg. Ralf Borngräber erläutert den zu Beginn der Sitzung verteilten Änderungs-Antrag der SPD-GRÜNE-WFB-Gruppe und verweist auf die vom Kreistag am 21.12.2011 beschlossene Resolution.

Abg. Kullik spricht sich dafür aus, ein deutliches Signal zur Ablehnung von Fracking-Maßnahmen und zur Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu setzen. Dieses sollte ein gemeinsames Ziel aller Abgeordneten sein.

Abg.e Dr. Hornhardt und **Abg. Ralf Borngräber** sprechen sich dafür aus, den Antrag so zu beschließen und nach Beratung in den Fraktionen in den anschließenden Beratungen der Gremien eventuell noch aufzuarbeiten.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden **Abg.e Dorsch** erklärt **Abg. Dr. Damberg**, dass es für ihn kein Problem sei, über den weitergehenden Antrag abzustimmen. Es gehe ihm nicht vorrangig um seinen Antrag, sondern um die Sache selbst.

Die Vorsitzende **Abg.e Dorsch** bringt den weitergehenden Antrag der SPD-GRÜNE-WFB-Gruppe vom 04.10.2012 zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Antrag der SPD-GRÜNE-WFB-Gruppe vom 04.10.2012 wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: Anfragen

Abg. Lindenberg fragt an, wer für den Metallzaun beim Gymnasium und der BBS Bremervörde zuständig sei. In jüngerer Vergangenheit wurde dieser Zaun errichtet, nun aber wieder entfernt. **VA Bonke** erläutert, dass diese Maßnahme in den Zuständigkeitsbereich von Amt 15 falle. Bauunterhaltungsmaßnahmen kleinerer Art sind das Geschäft der laufenden Verwaltung. Der angesprochene Zaun sei 2009 errichtet und zu diesem Zeitpunkt durch das Sicherheitskonzept der Schule vorgegeben worden. Nach Wechsel der Schulleitung sei ein anderes Sicherheitskonzept entwickelt worden. Der Zaun wurde zurückgebaut und die Materialien werden zur Wiederverwendung eingelagert. **Erster KR Dr. Lühring** bestätigt, dass Entscheidungen der Schulleitung respektiert werden sollen. Dadurch soll mehr Eigenverantwortung gestärkt werden. Das Sicherheitskonzept wird von der Schule erstellt.

Abg. Borngräber fragt an, ob im Zuge der Umgestaltung des Kreishausgeländes auch der Bereich der Ausländerbehörde überplant werde. **VA Bonke** antwortet, dass ihr weder Überlegungen noch Planungen vorlägen. **Erster KR Dr. Lühring** weist darauf hin, dass die Sanierungen alle im Zusammenhang mit der undichten Tiefgarage stünden. **VA Bonke** sagt zu, sich die Situation der Ausländerbehörde anzuschauen.

Nach den Worten des **Abg. Kullik** sei die Thematik Gasförderung und Fracking bisher drei Mal im Ausschuss Umwelt, Naturschutz und Planung behandelt worden. Es stelle sich die Frage, ob diese Angelegenheit nicht wieder diesem Ausschuss zugeordnet werden sollte.

Erster Kreisrat Dr. Lühring verweist hierzu auf die vom Kreistag beschlossene Zuständigkeitsregelung, die den Gewässerschutz dem Ausschuss für Hoch- und Tiefbau zuweist.

Mit Dank an alle Teilnehmer für die konstruktive Mitarbeit schließt die Vorsitzende Abg.e Dorsch um 15:40 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer